

München, 30.03.2020

SPD: Frauenhäuser auf zusätzliche Hilfesuchende vorbereiten

Frauen- und Familienpolitikerinnen schreiben an Sozialministerin Trautner - Alternative Unterbringungsmöglichkeiten suchen, falls Plätze fehlen

Die frauenpolitischen Sprecherinnen **Dr. Simone Strohmayr** und **Ruth Müller** sowie die familienpolitische Sprecherin **Doris Rauscher** haben in einem **Brief** an Sozialministerin Carolina Trautner Hilfen für von häuslicher Gewalt bedrohte Frauen und Kinder angemahnt. „Wir müssen leider mit einem Anstieg von häuslicher Gewalt rechnen. Die aktuellen Ausgangsbeschränkungen und die Isolation vieler Familien führen zu großem Stress. Wir haben normalerweise schon zu wenige Plätze in Frauenhäusern und jetzt fallen einige wegen Quarantänemaßnahmen weg. Eine rechtzeitige Vorbereitung auf zusätzliche Anforderungen halten wir für dringend notwendig“, erklärt die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Strohmayr.

Die SPD schlägt vor, dass die Staatsregierung gemeinsam mit den Städten, Landkreisen und den Gesundheitsämtern kurzfristige Alternativen für eine sichere Unterbringung für Opfer der häuslichen Gewalt zu finden, etwa in Hotels oder leer stehenden Appartements.

Die sozialpolitische Sprecherin Doris Rauscher stellt fest: „Viele Familien haben existenzielle Sorgen, die Bewegungsfreiheit ist stark eingeschränkt, Kinder können nicht mehr zur Schule oder in die Kita und die Eltern müssen die Betreuung mit den Tätigkeiten im Beruf oder Homeoffice vereinbaren. Nicht bewältigte Stressfaktoren werden jetzt erst recht Aggressionen fördern. Wir dürfen bedrohte Frauen nicht in einer ausweglosen Situation zurücklassen.“

Die frauenpolitische Sprecherin Ruth Müller stellt fest: „In der aktuellen Situation der Ausgangsbeschränkungen sind bedrohte Frauen und Kinder verunsichert, wo und wie sie Hilfe finden dürfen und können. Eine breit angelegte Informationskampagne in den Medien, sozialen Netzwerken und Onlinekommunikationen über Hilfstelefone, Kontaktadressen könnte wichtige Hilfestellung bieten und Leben retten.“

In dem Brief fragen die Abgeordneten auch nach den Erkenntnissen des Sozialministeriums: Welche aktuellen Entwicklungen bei der häuslichen Gewalt durch die Corona-Krise sind dem Ministerium bekannt, welche Maßnahmen zur Sicherung der Hilfsangebote für die von Gewalt bedrohten Frauen und Kinder sind bereits geplant und wie wird deren Finanzierung erfolgen?